

B

B2B – Kurzform für Business-to-Business, in Abgrenzung zu → B2C, also Business-to-Consumer. B2B bezeichnet das Geschäft zwischen zwei Unternehmen, bei Erstversicherern daher v.a. das Geschäft mit → Gewerbekunden und → Industriekunden, bei → Rückversicherern das Geschäft mit → Erstversicherern.

B2C – Kurzform für Business-to-Consumer, in Abgrenzung zu → B2B, also Business-to-Business. B2C bezeichnet das Geschäft eines Unternehmens mit Endverbrauchern, in der Versicherungswirtschaft also mit privaten → Versicherungsnehmern bzw. → Privatkunden.

Bachelor – *Bakkalaureus-Grad*. – 1. *Begriff*: Erster (niedrigster) akademischer Grad, der von Hochschulen im Rahmen eines mehrstufigen Studienmodells vergeben werden kann. – 2. *Ziele*: Der Bachelor wurde im Zuge des Bologna-Prozesses zur Vereinheitlichung der akademischen Ausbildung innerhalb der Europäischen Union, zur Verkürzung der Studiendauer und für einen stärkeren Praxisbezug eingeführt. – 3. *Merkmale und Arten*: Die Regelstudienzeit umfasst meist sechs bis maximal acht Semester. Die Kultusministerkonferenz hat für Deutschland folgende Abschlussbezeichnungen festgelegt: a) Bachelor of Arts (B.A.), – b) Bachelor of Science (B.Sc.), – c) Bachelor of Engineering (B.Eng.), – d) Bachelor of Laws (LL.B.), – e) Bachelor of Fine Arts (B.A.F.), – f) Bachelor of Music (B.Mus.), – g) Bachelor of Education (B.Ed.). Ein Bachelor-Abschluss mit dem Schwerpunkt Versicherung ist im Rahmen des Bachelor of Arts oder Bachelor of Science möglich. Für

den Abschluss werden unterschiedliche Titel verwendet, z.B. Bachelor of Insurance, Bachelor of Insurance Management, Bachelor Versicherungswesen. In Deutschland kann der Abschluss auch an → Berufsakademien erworben werden. Dieser gilt jedoch nicht als akademischer Abschluss, sondern wird durch einen staatlichen Abschluss ersetzt. Für den Fall des Weiterstudierens muss die Zulassung zu einem Masterstudiengang (→ Master) durch die betreffende Hochschule geprüft werden. An den Bachelor-Abschluss einer Hochschule kann der Absolvent – ggf. unter weiteren Voraussetzungen (z.B. Mindestnote, Eignungsfestellung) – ein Masterstudium anschließen.

Back-End-System – Teil eines IT-Systems, der sich fern vom Benutzer befindet, z.B. Server, Platten- und Bandspeicher und zentrale Netzwerkkomponenten. Back-End-Systeme werden benutzt, um Daten dauerhaft und sicher zu speichern sowie Aufgaben durchzuführen, die große Datenmengen verarbeiten. Dies geschieht i.d.R. im sog. Batchbetrieb. Siehe auch → Front-End-System.

Backtesting – Verfahren zur Validierung von Value-at-Risk-Werten. Im Rahmen der regulatorisch geforderten Unterlegung von → Marktrisiken mit → Risikokapital gehen von einer Finanzinstitution, z.B. von einem Versicherungsunternehmen, auf der Basis von methodischen Verfahren ermittelte Value-at-Risk-Werte (→ Value at Risk) in die Risikokapitalberechnung ein. Dabei wird insbesondere statistisch überprüft, ob über bestimmte Zeitperioden der Vergangenheit die beobachtete Häufigkeit der

Value-at-Risk-Überschreitungen konsistent mit dem vorgegebenen → Konfidenzniveau ist und damit das Risikokapital adäquat bestimmt wird.

Balanced Scorecard (BSC) – 1. *Begriff*: Umfassend strukturiertes Kennzahlen- und Messsystem (→ Performance-Messung), das der vorwiegend strategischen Zielsetzung und Steuerung eines Unternehmens dient. Die BSC berücksichtigt sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Kenngrößen und bewertet die Unternehmensleistung aus verschiedenen Perspektiven heraus; z.B. Finanzen, Kunden, interne Geschäftsprozesse und Mitarbeiter. Auf diese Weise wird eine ganzheitliche Darstellung von Unternehmenszusammenhängen ermöglicht, aus denen sich Maßnahmen zur Ausrichtung des Unternehmens an den vorgegebenen Zielen ableiten lassen. – 2. *Vorgehensweise*: Für jede Perspektive werden Ziele und Kennzahlen definiert, die über Ursache-Wirkungs-Beziehungen miteinander verknüpft und analysiert werden. Dabei werden diejenigen Erfolgsfaktoren identifiziert, die den größten Beitrag im Hinblick auf die Strategieumsetzung leisten. – 3. *Kennzahlen*: Neben den „harten“ finanziellen Kennzahlen wie → Return on Investment (ROI) und Umsatz werden auch „weiche“ nicht-finanzielle Kennzahlen, wie → Kundenzufriedenheit, pünktliche Lieferung, Prozessqualität und -durchlaufzeit, Mitarbeiterfluktuation oder durchschnittliche Anzahl von Krankheitstagen, berücksichtigt.

Bancassurance – 1. *Begriff*: → Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Banken und Sparkassen – neben klassischen Bankprodukten, wie z.B. Sparplänen oder Krediten – oder durch Vertriebsmitarbeiter von Versicherungsunternehmen in den Räumen der Banken bzw. Sparkassen. – 2. *Merkmale*: I.d.R. liegt dem Konzept eine → Vertriebskooperation zwischen Bank bzw. Sparkasse und Versicherer zugrunde. Immer häufiger gehen zudem auch Versicherungsmakler Kooperationen mit Banken bzw. Sparkassen ein, um

dort Produkte zu vertreiben. Teilweise besitzen Versicherungskonzerne auch eigene Banktochtergesellschaften, und umgekehrt haben Banken bzw. Sparkassen eigene Versicherungstöchter. – 3. *Bedeutung*: Der Vertrieb von Versicherungsprodukten über Banken bzw. Sparkassen ist weit verbreitet und besonders erfolgreich im Lebensversicherungsgeschäft. Dem Gegenstück, d.h. der Vermittlung von Bankprodukten durch Versicherungsvertriebe (auch Assekuranzbanking oder Assurbanking genannt), fehlt dagegen noch der nachhaltige Erfolgsbeweis. Siehe auch → Allfinanz.

Bankenvertrieb → Bancassurance.

Barwert – 1. *Begriff*: Betrag, der – ausgehend von einem positiven oder negativen → Endwert – zu einem definierten Anfangstermin (regelmäßig, aber nicht zwingend, in der Gegenwart) bei einer bestimmten Annahme über die Verzinsung diskontiert zur Verfügung steht (positiver Barwert) oder geschuldet wird (negativer Barwert). Kann außer für Cash Flows, d.h. für → Einzahlungen und Auszahlungen, auch für → Einnahmen und → Ausgaben sowie für abgegrenzte Erfolgsgrößen (→ Erträge und → Aufwendungen, → Leistungen und → Kosten) errechnet werden. – 2. *Merkmale*: Der Barwert drückt den Wert künftiger Zahlungsströme in der Gegenwart aus. Seine Höhe hängt jedoch nicht nur vom Überschuss der Einzahlungen über die Auszahlungen, sondern auch vom Profil der Zahlungen im Zeitablauf und dem verwendeten Zinssatz ab. Der Barwert einer einfachen Zahlung zu einem späteren Zeitpunkt ist umso niedriger, je weiter dieser Zeitpunkt in der Zukunft liegt und je höher der verwendete Zinssatz ist. – 3. *Modell*: Entsprechend der Definition ist der Barwert die Summe der auf den gegenwärtigen Zeitpunkt diskontierten künftigen Zahlungen, formal: Ist C_k $1 \leq k \leq N$ eine Reihe von N positiven oder negativen Zahlungen zu den Zeitpunkten $t_1 \leq t_k \leq t_N$ und ist i_t die für den Zeitraum $[t_i, t]$ anzuwendende

jährliche Verzinsung, so ist der Barwert des Cash Flows zum Zeitpunkt t_1

$$B = \sum_{k=1}^N C_k \cdot \left(\frac{1}{1+i_k} \right)^{t_k-t_1}.$$

– 4. *Ausprägungen:* Im Zusammenhang mit Sparvorgängen treten v.a. Barwerte einmaliger künftiger Zahlungen (z.B. der Ablaufleistung aus einem Sparvertrag) oder regelmäßig wiederkehrender Leistungen in gleichbleibender Höhe (z.B. künftiger regelmäßiger Sparraten oder auf einen bestimmten Zeitraum vereinbarter Zeitrenten) auf. Lebens- und Rentenversicherungsverträge weisen vergleichbare Merkmale auf: Der Kunde erhält z.B. eine einmalige Kapitalzahlung im Alter von 65 Jahren, wenn er den Versicherungsvertrag jährlich mit einer vereinbarten Einzahlung bedient. Allerdings erfolgen Einzahlungen und Auszahlungen im Regelfall nicht unbedingt, sondern sind an das Leben des Kunden gebunden. Die Beitragszahlungspflicht endet mit dem Tod, eine Leistung wird bei Tod u.U. früher als zum vereinbarten Vertragsablauf gezahlt. Dementsprechend muss das Versicherungsunternehmen in seiner Kalkulation von im Zeitablauf veränderlichen Ein- und Auszahlungen ausgehen, die die im betrachteten Personenkollektiv gegebenen → Ausscheidewahrscheinlichkeiten reflektiert. Bei den mit den jeweiligen Ausscheidewahrscheinlichkeiten gewichteten Barwerten wird deswegen auch von Beitrags- bzw. Leistungsbarwerten gesprochen. In der Versicherungspraxis kommt bei der Kalkulation von Beitrags- und Leistungsbarwerten v.a. auch den verwendeten Zinsannahmen ein großes Gewicht zu. Bei der Verwendung von Zinssätzen, die sich an der aktuellen Kapitalmarkterwartung orientieren, in Verbindung mit realitätsnahen Ausscheidewahrscheinlichkeiten wird von Barwerten 2. Ordnung gesprochen. Im Gegensatz dazu werden unter Barwerten 1. Ordnung solche verstanden, die mit vorsichtigeren Annahmen hinsichtlich

der Ausscheideshäufigkeiten und des realisierbaren Kapitalanlageerfolgs ermittelt sind. – 5. *Anwendungszweck:* Die Barwertmessung verfolgt den Zweck, Zahlungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten vergleichbar zu machen. Die Diskontierung (→ Abzinsung) reflektiert dabei die Tatsache, dass der Nutzen einer Zahlung für den Empfänger umso geringer ist, je später sie erfolgt. Die Lebensversicherungskalkulation beruht im Kern darauf, dass bei Vertragsabschluss nach dem → versicherungstechnischen Äquivalenzprinzip der Barwert der vertraglich vereinbarten Leistungen (einschl. der Betriebskosten) dem Barwert der Beitragszahlungen des Kunden entsprechen muss. Die ermittelten Beiträge sind umso höher, je niedriger der bei der Kalkulation verwendete Zinssatz und je höher die Leistungswahrscheinlichkeiten angesetzt werden. Siehe auch → Endwert.

Basel II und III – 1. Begriff: Regulierungssystem für Kreditinstitute, das deren Insolvenzwahrscheinlichkeit reduzieren und damit zur Sicherung eines stabilen Finanzsystems beitragen soll. – 2. *Merkmale von Basel II:* Die vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht entwickelten Regelungen sind seit dem 1.1.2007 für alle Kreditinstitute anzuwenden. Das Basel II-Konzept gliedert sich in drei Säulen: a) Säule 1 definiert Mindesteigenkapitalanforderungen, die auf Basis einer Kapitalunterlegung für zentrale Risikoquellen (→ Kreditrisiken, Marktpreisrisiken und → operationelle Risiken) eines Kreditinstituts abgeleitet werden. – b) Säule 2 enthält Vorschriften für die → internen Modelle und Prozesse für das Risikomanagement (→ Risikomanagement im Versicherungsunternehmen) von Kreditinstituten und legt den Überprüfungsprozess seitens der → Aufsichtsbehörde fest. – c) Säule 3 regelt die spezifischen Offenlegungspflichten seitens der Kreditinstitute, die die Marktdisziplin verbessern sollen. – 3. *Merkmale von Basel III:* Als Reaktion auf die in den USA ausgelöste weltweite Banken- und Finanzkrise ab

dem Jahr 2008 wurden im Rahmen des Basel III-Konzepts erhebliche Veränderungen zum Basel II-Ansatz vorgenommen, die in erster Linie eine Stärkung der Eigenkapitalbasis von Banken in der EU und in der Schweiz zum Gegenstand haben. Die Erstimplementierung des Regelwerks in der EU ab dem Jahr 2014 geht mit einer stufenweisen jährlichen Verschärfung der Anforderungen in den nächsten fünf Jahren einher. – 4. *Abgrenzung*: In Analogie zum 3-Säulen-Konzept nach Basel II und III werden unter dem Begriff → Solvency II derzeit neue Regulierungskonzepte für Versicherungsunternehmen entwickelt, deren EU-weite Implementierung am 1.1.2016 erfolgt.

Basic Solvency Capital Requirement (BSCR) – 1. *Begriff*: Basissolvabilitätskapitalanforderung nach → Solvency II gem. § 100 VAG. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe der Korrelationsformel aus den → Solvabilitätskapitalanforderungen für die einzelnen → Risikomodule. – 2. *Merkmale*: Zur Ermittlung der Basissolvabilitätskapitalanforderung sind zumindest die folgenden Risikomodule zu berücksichtigen: (1) Nicht-Lebensversicherungsrisiko (Prämien- und Reserverisiko, Katastrophenrisiko), (2) Lebensversicherungsrisiko (Sterberisiko, Langlebighkeitsrisiko, Invaliditätsrisiko, Kostenrisiko, Stornorisiko, Katastrophenrisiko), (3) Krankenversicherungsrisiko (Kostenrisiko, Prämien- und Reserverisiko, Epidemierisiko), (4) Marktrisiko (Zinsrisiko, Aktienrisiko, Immobilienrisiko, Spread-Risiko, Wechselkursrisiko, Konzentrationsrisiko), (5) Gegenparteiausfallrisiko. Jedes dieser Risikomodule ist unter Verwendung des → Value at Risk mit einem Konfidenzniveau von 99,5 % über den Zeitraum eines Jahres zu kalibrieren. Liegen Diversifikationseffekte vor, so sind diese zu berücksichtigen (§ 100 III VAG). – 3. *Einordnung*: Das BSCR bildet zusammen mit der Kapitalanforderung für das → operationelle Risiko gem. § 107 VAG und der Anpassung für die Verlustausgleichsfähigkeit der

versicherungstechnischen Rückstellungen und latenten Steuern gem. § 108 VAG die gesamte Solvabilitätskapitalanforderung.

Basiseigenmittel – 1. *Begriff*: Der Begriff der Basiseigenmittel wurde mit der Rahmenrichtlinie zu → Solvency II eingeführt. Laut § 89 III VAG sind die Basiseigenmittel von Versicherungsunternehmen der Überschuss der Vermögenswerte über die Verpflichtungen („liabilities“; eigene Aktien sind abzuziehen) zuzüglich der nachrangigen Verbindlichkeiten. – 2. *Merkmale*: Die Basiseigenmittel bilden zusammen mit den → ergänzenden Eigenmitteln die → anrechnungsfähigen Eigenmittel. Versicherungsunternehmen haben mindestens in Höhe der zuletzt gemeldeten → Solvabilitätskapitalanforderung (→ Solvency Capital Requirement, kurz SCR) über anrechnungsfähige Eigenmittel zu verfügen (§ 89 I VAG). Die Höhe der anrechnungsfähigen Basiseigenmittel muss mindestens der Höhe der Mindestkapitalanforderung (→ Minimum Capital Requirement, kurz MCR) entsprechen (§ 122 VAG). Sinken die Basiseigenmittel unter die Mindestkapitalanforderung oder droht dieser Fall in den kommenden drei Monaten einzutreten, so ist die → Aufsichtsbehörde unverzüglich darüber zu informieren (§ 134 VAG). Im Fall der Unterschreitung hat das Unternehmen der Aufsichtsbehörde einen realistischen → Finanzierungsplan vorzulegen, in dem dargestellt wird, wie die Basiseigenmittel wieder auf die Höhe des Betrags der Mindestkapitalanforderung aufgestockt werden sollen (§ 135 VAG).

Basisinformationsblatt – 1. *Begriff*: Eigenständige Urkunde, die ein Anbieter von „verpackten“ Anlageprodukten für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukten (packed retail and insurance-based investment products – „PRIIP“) dem Kleinanleger regelmäßig vor Vertragsschluss zur Verfügung stellen muss. Es soll dem Kleinanleger ermöglichen, die grundlegenden Merkmale und Risiken von PRIIP zu verstehen und zu

vergleichen. Im Gegensatz zum → Produktinformationsblatt ist es nur bei einem Vertrag über verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger oder Versicherungsanlageprodukte durch den „Hersteller“ zur Verfügung zu stellen. – 2. *Gesetzliche Grundlage*: Die Pflicht der Hersteller von PRIIP, den Kleinanlegern Basisinformationsblätter zur Verfügung zu stellen, beruht auf der europäischen „Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 über Anlegerinformationen“ („PRIIP-VO“; in Kraft ab dem 31.12.2016). – 3. *Zweck*: Das Basisinformationsblatt soll als verständliche Übersicht den Anlegerschutz verstärken. Es existiert eine breite Palette von PRIIP für Kleinanleger. Diese sind jedoch derart komplex und schwer zu verstehen, dass Anleger oftmals deren Tragweite hinsichtlich von Risiko und Kosten nicht erkannt haben und unvorhergesehene Kosten hinnehmen mussten. – 4. *Geltungsbereich und Aufbau*: Das Basisinformationsblatt ist ausschließlich bei einem Vertrag über ein PRIIP (Art. 4 Nr. 1–3 PRIIP-VO), an dem ein Kleinanleger (Art. 4 Nr. 6 PRIIP-VO) beteiligt ist, durch den Hersteller (Art. 4 Nr. 4 PRIIP-VO) zur Verfügung zu stellen. Nicht umfasst sind insbesondere Verträge über Nicht-Lebensversicherungsprodukte (Art. 2 II lit. a) PRIIP-VO) und Lebensversicherungsverträge, deren vertragliche Leistungen nur im Todesfall oder bei Arbeitsunfähigkeit infolge von Körperverletzung, Krankheit oder Gebrechen zahlbar sind (Art. 2 II lit. b) PRIIP-VO). Das Basisinformationsblatt ist als kurze Übersicht mit den wesentlichen Informationen über das PRIIP gedacht und darf höchstens drei DIN A4-Seiten umfassen, um für Vergleichbarkeit zu sorgen (Art. 6 I S. 3, IV S. 1 PRIIP-VO). Es muss präzise, redlich und klar und darf nicht irreführend sein (Art. 6 I S. 2 PRIIP-VO). Dabei sind der Titel und die Reihenfolge der zu erteilenden Informationen zwingend vorgegeben (Art. 8 PRIIP-VO). – 5. *Konsequenzen*: Missachtet ein PRIIP-Hersteller seine Pflicht, ein

ordnungsgemäßes Basisinformationsblatt bereitzustellen, so kann dies zur zivilrechtlichen Haftung durch Schadensersatz und ggf. auch Rückabwicklung des Vertrags (vgl. Art. 11 PRIIP-VO) oder zu verwaltungsrechtlichen Sanktionen führen (Art. 22 ff. PRIIP-VO).

Basisrisiko – I. Kapitalanlagen: Volatilität des → Zeitwerts einer originären Anlageposition, die mit einem Derivat ganz oder teilweise kompensiert werden kann. – II. Rückversicherung: Möglichkeit einer Abweichung zwischen der Kompensationshöhe aus einer Rückversicherungsdeckung und der tatsächlichen Schadenhöhe im zu deckenden Erst- oder Rückversicherungsportfolio. Ein Basisrisiko im engeren Sinn liegt vor, wenn die tatsächliche Schadenhöhe größer als die Kompensationshöhe aus der Rückversicherungsdeckung sein kann; umgekehrt wird von einer Basischance gesprochen. Im Rahmen einer nicht-schadenbasierten Risikoverbriefung korrelieren z.B. die vereinbarten bedingten Kompensationszahlungen nicht vollständig mit dem abzuschließenden Risiko, wenn im → Schaden-Trigger risikorelevante Zufallsvariablen nicht berücksichtigt werden. Beispiel: Bei indexbasierten Triggern kann die aus dem Index ermittelte Schadenzahlung an den Begünstigten (→ Sponsor) von dessen tatsächlichem Schaden abweichen.

Basissolvabilitätskapitalanforderung → Basic Solvency Capital Requirement (BSCR).

Basistarif – 1. *Begriff*: Standardisierter Krankenversicherungsschutz in der → privaten Krankenversicherung (PKV), der in Art, Umfang und Höhe mit dem Krankenversicherungsschutz in der → gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vergleichbar ist und seit dem 1.1.2009 von allen Versicherungsunternehmen mit Sitz in Deutschland auch als beihilfekonforme Variante angeboten werden muss, die die private → Krankheitskostenvollversicherung anbieten (§ 152 VAG). Der Basistarif muss von

den Versicherungsunternehmen auch mit vier Selbstbehaltsstufen (300, 600, 900 und 1.200 Euro) angeboten werden. Die genaue Ausgestaltung des Versicherungsschutzes wird vom → Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV-Verband) festgelegt, wobei die Fachaufsicht das Bundesministerium der Finanzen ausübt. – 2. *Versicherungsberechtigter Personenkreis im Basistarif laut GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz*: a) Personen, die zum Zeitpunkt der Einführung des Basistarifs am 1.1.2009 freiwillig gesetzlich versichert waren, sofern sie die Aufnahme in den Basistarif bis zum 30.6.2009 beansprucht haben; – b) Personen, die freiwilliges Mitglied einer → Krankenkasse werden, innerhalb von sechs Monaten nach Begründung ihrer freiwilligen Mitgliedschaft; – c) alle Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die weder in der GKV versicherungspflichtig sind, noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beanspruchen können, noch Sozialhilfe erlangen; – d) Beihilfeberechtigte, die einen die → Beihilfe ergänzenden Versicherungsschutz benötigen; – e) Privatversicherte mit Wohnsitz in Deutschland, die ihren Versicherungsvertrag ab dem 1.1.2009 abgeschlossen haben; – f) Bestandsversicherte in der PKV, die ihren Versicherungsvertrag vor dem 1.1.2009 abgeschlossen hatten, konnten zeitlich eingeschränkt vom 1.1. bis zum 30.6.2009 unter Anrechnung von → Alterungsrückstellungen in den Basistarif des eigenen oder eines anderen Unternehmens wechseln. Seit dem 30.6.2009 können Bestandsversicherte nur noch in den Basistarif ihres eigenen Unternehmens wechseln, wenn sie das 55. Lebensjahr vollendet haben oder eine Rente der → gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) oder ein Ruhegehalt nach beamtenrechtlichen oder vergleichbaren Vorschriften beziehen oder hilfebedürftig i.S.d. Sozialrechts sind. – 3. *Beitragsgestaltung*: Ausschlaggebend für die Beitragshöhe ist das → Eintrittsalter, nicht der Gesundheitsstatus des Versicherungsnehmers. Es existiert ein

Verbot von → Risikozuschlägen. Der Antrag eines Versicherungsberechtigten auf Versicherung im Basistarif darf nicht abgelehnt werden (→ Kontrahierungszwang). Der Beitrag zum Basistarif ist nach § 152 III VAG mehrstufig limitiert. a) 1. Stufe: Der pro versicherte Person zu zahlende Höchstbeitrag entspricht dem jeweils gültigen Höchstbeitrag in der GKV (2015: 639,38 Euro). – b) 2. Stufe: Wenn Hilfebedürftigkeit im Sinne des Sozialrechts besteht oder wenn durch die Zahlung des Beitrags Hilfebedürftigkeit entsteht, reduziert sich der Beitrag um die Hälfte. – c) 3. Stufe: Besteht Hilfebedürftigkeit oder entsteht auch durch die Zahlung des reduzierten Beitrags Hilfebedürftigkeit, beteiligt sich der nach dem Sozialgesetzbuch zuständige Träger (Bundesagentur für Arbeit oder Sozialamt) im erforderlichen Umfang an dem Beitrag. – 4. *Ärztliche und zahnärztliche Vergütung*: Im Basistarif gelten limitierte Vergütungssätze für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung. Diese sind im Gesetz definiert (§ 75 SGB V), sofern es keine anderslautende Vereinbarung zwischen dem PKV-Verband mit den → kassenärztlichen Vereinigungen oder der kassenärztlichen Bundesvereinigung gibt. Für den ambulanten ärztlichen Bereich hat der PKV-Verband mit der kassenärztlichen Bundesvereinigung eine entsprechende Vereinbarung getroffen, die seit dem 1.4.2010 gilt. – 5. *Konsequenzen und Bewertung*: Weil es im Basistarif → Beitragslimitierungen gibt und es den Unternehmen der PKV nicht erlaubt ist, im Basistarif Risikozuschläge zu erheben oder Leistungsausschlüsse zu vereinbaren, reichen die Beiträge kalkulatorisch nicht aus, um die Krankheitskostenrisiken zu decken. Im Basistarif entstehen Defizite, die auch von den Bestandsversicherten anderer PKV-Tarife mitzutragen sind (Quersubventionierung). Diese Regelungen führen zu Belastungen der PKV und ihrer Versicherungsnehmer.

Basisversorgung – 1. *Begriff*: Erste Schicht der Altersversorgung im Rahmen des

→ Alterseinkünftegesetzes (siehe auch Altersversorgung). Umfasst spezielle Rentenversorgungsprodukte, die von anderen Vorsorgeprodukten abgegrenzt sind. – 2. *Bestandteile:* Zur Basisversorgung zählen die → gesetzliche Rentenversicherung (GRV), die Altersvorsorge der berufsständischen Versorgungswerke, die Alterssicherung der Landwirte sowie die sog. private Rürup- oder Basis-Rente. Alle aus der Basisversorgung erworbenen Ansprüche sind in Form einer lebenslangen Rente zu beziehen. Der Bezug von Kapitalleistungen ist ausgeschlossen. Die durch Beitragszahlungen erworbenen Ansprüche können zudem i.d.R. nicht vererbt, beliehen, veräußert oder übertragen werden. Der Staat fördert die Basisversorgung über einen steuerlichen Freibetrag: In der Ansparphase bzw. Rentenaufbauphase können die → Versicherungsnehmer ihre Beiträge zur Basisversorgung derzeit teilweise (80 % im Jahr 2015), bis 2025 jährlich um zwei Prozentpunkte ansteigend und ab dann zu 100 % steuermindernd als Sonderausgaben geltend machen (§ 10 III EStG), soweit die Beiträge den Höchstbeitrag zur knappschaftlichen Rentenversicherung, aufgerundet auf einen vollen Betrag in Euro, nicht überschreiten. Während der Bezugsphase der Rente wirkt eine → nachgelagerte Besteuerung, bei der der Rentenbezieher die aus der Basisversorgung bezogene Rente, wie in Tabelle „Rentenbesteuerung nach § 22 Nr. 1 EStG“ auf der nächsten Seite dargestellt, zur Versteuerung bringen muss (§ 22 Nr. 1 EStG).

Bauart – Aufbau der Außen- und Innenwände (z.B. Fertigbauweise) und Bedachung (z.B. Reetdach) eines Gebäudes.

Bauartklasse – Zusammenfassung von Gebäuden mit ähnlicher → Bauart. Die Bauartklasse spiegelt insbesondere das Risiko bez. der Gefahr → Feuer wider. Sie dient als Annahmekriterium und als Tarifierungsmerkmal. In der höchsten Bauartklasse werden üblicherweise besondere Sicherheitsauflagen und

Brandschutzmaßnahmen als → Obliegenheiten vereinbart.

Bauherrenhaftpflichtversicherung – Versicherungsart in der allgemeinen → Haftpflichtversicherung, die Haftpflichtrisiken des Versicherungsnehmers als Bauherr und/oder Besitzer des zu bebauenden Grundstücks deckt. Versichert sind Ansprüche aus der Verletzung von Pflichten, die dem Versicherungsnehmer obliegen. Zusätzlich kann die gesetzliche Haftpflicht des Versicherungsnehmers aus der Ausführung der Bauarbeiten oder eines Teils dieser Arbeiten in eigener Regie versichert werden, i.d.R. jedoch nur für den Bau eines Ein- oder Zweifamilienhauses. Auch die gesetzliche Haftung für Umweltschäden gemäß Umweltschadengesetz ist in der Bauherrenhaftpflichtversicherung oft mitversichert.

Bauleistungsversicherung – Versicherung von Bauteilen, Baustoffen und Bauleistungen gegen Beschädigung, Zerstörung und optional gegen Diebstahl (→ Einfacher Diebstahl) während der Bauphase. Zusätzlich versicherbar sind Baugrund und Bodenmassen sowie Altbauten. Die Bauleistungsversicherung wird oft in Kombination mit der → Rohbauversicherung als Paket für die Bauphase angeboten.

Baupreisindex – 1. *Begriff:* Index über die Entwicklung der Preise für Neubauten und die Instandhaltung von Bauwerken. Der Baupreisindex wird vom statistischen Bundesamt herausgegeben. In der Versicherungswirtschaft wird der Baupreisindex zur Beitragsberechnung für die Versicherung von → Wohngebäuden in der → gleitenden Neuwertversicherung herangezogen. – 2. *Probleme:* Die Weiterentwicklung der Haustechnik und gestiegene Anforderungen aufgrund der Energieeinsparverordnungen führen sukzessive zu deutlich höheren Preisen bei Neubauten bzw. bei der Wiederherstellung und Instandhaltung von → Wohngebäuden. Es besteht die Gefahr, dass der gleitende Neuwert die Kosten bei der Wiederherstellung nicht adäquat widerspiegelt.

Steuerliche Regelung des Rentenbezugs	
Jahr des Rentenbeginns	Besteuerungsanteil in %
bis 2005	50
ab 2006	52
2007	54
2008	56
2009	58
2010	60
2011	62
2012	64
2013	66
2014	68
2015	70
2016	72
2017	74
2018	76
2019	78
2020	80
2021	81
2022	82
2023	83
2024	84
2025	85
2026	86
2027	87
2028	88
2029	89
2030	90
2031	91
2032	92
2033	93
2034	94
2035	95
2036	96
2037	97
2038	98
2039	99
ab 2040	100

Tab.: Rentenbesteuerung nach § 22 Nr. 1 EStG.

Bausteinprinzip – 1. *Begriff*: Gestaltung von → Versicherungsschutz über möglichst kleine, standardisierte Bausteine, der somit zuvor in seine Bestandteile zerlegt wird, so dass aus verschiedenen Bausteinkombinationen eine weitgehend individualisierte Deckung gestaltet werden kann. – 2. *Merkmale*: Das Bausteinprinzip ist ein kundenorientierter Ansatz, der Standardisierung und Individualisierung miteinander verbindet. Das Ergebnis sind sog. Bausteinprodukte. Im Fall des Angebots kleinstmöglicher Bausteine bzw. Teilleistungen – und nicht nur der Bündelung ganzer Produkte (→ gebündelte Versicherung) – bieten Bausteinprodukte eine hohe Deckungsflexibilität. Sie kombinieren standardisierte Bausteine (Kostenaspekt) zu individuellen, aus diesen zusammengesetzten → Versicherungsprodukten (Bedarfsgerechtigkeit). Unter der Voraussetzung der Kalkulierbarkeit bzw. der Tarifzuordnung möglichst parzellierter Einzeldeckungen

hätte jeder Kunde die Möglichkeit, für ihn relevante Bausteine und damit einen insgesamt passenden Versicherungsschutz wunschgemäß zusammenzustellen. – 3. *Probleme*: Die Konzipierung der Bausteine erfordert eine entsprechende Kalkulation und die Abbildung im gesamten Prozesssystem der Versicherer sowie die dazu notwendige IT-Unterstützung – die Umsetzung dieser Vorgaben bedeutet für die Praxis eine große Herausforderung.

Beamtenanwärter – Art des Beamtenverhältnisses. Als Beamtenanwärter werden Beamte auf Widerruf bezeichnet, die Anwärterbezüge erhalten. Das Beamtenverhältnis auf Widerruf dient der Ableistung eines Vorbereitungsdienstes als Voraussetzung für die dauerhafte Wahrnehmung hoheitsrechtlicher Aufgaben in der Regelform des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit. Die Anwärterzeiten sind grundsätzlich als → ruhegehaltfähige Dienstzeiten i.S.d. → Beamtenversorgungsgesetze erfasst.

Beamtenversorgung

von Klaus Dauderstädt und Peter Heesen

1. Begriff

Die Beamtenversorgung ist ein eigenständiges Versorgungssystem für Beamte. Sie ist als „Vollversorgung“ ausgestaltet und umfasst im weitesten Sinne die Alterssicherung, Hinterbliebenenversorgung und Unfallfürsorge aller Bundesbeamten, Beamten der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Im Rahmen der Alterssicherung umschließt die Beamtenversorgung nach Sinn und Zweck sowohl die Grund- als auch die Zusatzversorgung, wie sie im Rahmen einer betrieblichen Altersversorgung gewährt wird. Nach Maßgabe von Besonderheiten im Soldatengesetz des Bundes und der Richter Gesetze in Bund und Ländern gelten die grundlegenden Aussagen zur Beamtenversorgung auch für Berufssoldaten und Richter.

2. Leistungsarten

Die wesentlichen Leistungsarten der Beamtenversorgung sind:

- a) v.a. das Ruhegehalt sowie im Weiteren in der Reihenfolge der alphabetischen Bezeichnungen
- b) die Beihilfe,
- c) die Heilfürsorge,
- d) die Hinterbliebenenversorgung,
- e) das Sterbegeld,

- f) das Übergangsgeld,
- g) die Unfallfürsorge,
- h) das Waisengeld,
- i) das Witwen-/Witwergeld,
- j) die Witwen-/Witwerabfindung.

3. Einordnung und Abgrenzung von anderen Versorgungssystemen

Die Beamtenversorgung gehört zum Kernbereich der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums im Sinne des Art. 33 V GG – und ist damit ein verfassungsrechtlich eigenständig ausgestaltetes System sozialer Sicherheit. Von den anderen Versorgungssystemen unterscheidet sich die eigenständige Beamtenversorgung nach den verfassungsrechtlichen und einfach-gesetzlichen Grundlagen, dem Wesen und den Funktionen, den Trägern, dem gesicherten Personenkreis, den Leistungsinhalten einschl. dem Umfang der jeweiligen Ansprüche, dem Sicherungsniveau sowie den Berechnungs- und Finanzierungsgrundlagen. Wegen der wesentlichen strukturellen Unterschiede zwischen den prägenden Alterssicherungssystemen in Deutschland – das sind die gesetzliche Rentenversicherung, die eigenständige Beamtenversorgung sowie die jeweiligen berufsständischen Versorgungssysteme – siehe die nachstehende tabellarische Übersicht:

Gesetzliche Rentenversicherung	Beamtenversorgung	Berufsständische Versorgungssysteme
Finanzierung		
<ul style="list-style-type: none"> • Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen • Beschränkung durch Beitragsbemessungsgrenze • Beitragssatz: 18,7 % • Steuermittel des Bundes („Bundeszuschuss“) in Höhe von ca. 1/3 der Ausgaben der Rentenversicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuermittel aus den laufenden Haushalten • Besoldung ist im Hinblick auf die spätere Altersversorgung moderat ausgestaltet • Teilweise Bildung von Versorgungsrücklagen und kapitalgedeckten Versorgungsfonds 	<ul style="list-style-type: none"> • Vom Einkommen abhängige Beiträge • An die gesetzliche Rentenversicherung angelehnte Beitragsbemessungsgrenzen
Ansprüche		
<ul style="list-style-type: none"> • Entsprechend den Einzahlungen • (Subsidiär: Soziale Grundversicherung im Alter) • Erwerbsminderungsrenten • Erwerbsunfähigkeitsrenten • Hinterbliebenenrenten • Beschränkung durch Beitragsbemessungsgrenze 	<ul style="list-style-type: none"> • Entsprechend dem Amt und der ruhegehaltfähigen Dienstzeit • Mindestversorgung • Unfallfürsorge und Hinterbliebenenversorgung 	<ul style="list-style-type: none"> • Entsprechend den Einzahlungen • Berufsunfähigkeitsrente • Hinterbliebenenversorgung
Kapitaldeckung		
<ul style="list-style-type: none"> • Keine • Umlageverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • In geringem Umfang durch Versorgungsrücklagen/fonds 	<ul style="list-style-type: none"> • Ja

Tab.: Strukturelemente der Alterssicherungssysteme

4. Weitere Grundlagen

Ein eigenständiger Anspruch auf Beamtenversorgung als Alterssicherung wird dem Beamten nur gewährt, wenn er eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat oder er infolge von Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig geworden ist. Wird die Wartezeit von fünf Jahren nicht erfüllt – und liegt auch kein Fall der Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalls vor –, besteht kein Anspruch auf Ruhegehalt nach dem Beamtenversorgungsgesetz. Für Beamte liegt damit in der beruflichen Anfangsphase ein Alterssicherungsrisiko vor, da bis zum Erreichen von fünf ruhegehaltfähigen Dienstjahren keine Absicherung über die eigenständige Beamtenversorgung existiert. Zu beachten ist jedoch, dass für Beamte auf Probe, die vor Erreichen einer Dienstzeit von mindestens fünf Jahren aus dem Beamtenverhältnis entlassen werden, eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nach § 8 II SGB VI erfolgt. Dabei werden die im Beamtenverhältnis zurückgelegten Dienstzeiten so behandelt, als wären sie sozialversicherungspflichtige Zeiten. Bei der Nachversicherung übernimmt der Dienstherr den vollen Sozialbeitrag, d.h. den Arbeitgeberanteil und den Arbeitnehmeranteil, jedoch nur bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze. Eine besondere Lage ist gegeben, wenn der Beamte infolge von Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die er sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen hat, dienstunfähig wird und deshalb in den Ruhestand versetzt wird. In diesem Fall erhält der Beamte eine Beamtenversorgung nach den Regelungen der sog. Dienstunfallversorgung (siehe Unfallfürsorge).

5. Historie und Entwicklungen

Nach einer Verfassungsänderung vom 18.3.1971 (BGBl. I S. 206) wurde durch ein Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrats eine einheitliche Regelung der Versorgung für alle Beamte in allen Gebietskörperschaften geschaffen. Damit wurde seinerzeit eine Zersplitterung des Alterssicherungsrechts in den verschiedenen Gebietskörperschaften verhindert. Mit der „Föderalismusreform I“ wurde im Jahr 2006 die Regelung der Alterssicherung der Landes- und Kommunalbeamten auf die Länder – und für die Bundesbeamten auf den Bund – übertragen. Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, das am 31.8.2006 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2034 ff.) veröffentlicht wurde und am 1.9.2006 in Kraft getreten ist, steht dem Bund nicht mehr das Recht zu, die Beamtenversorgung bundeseinheitlich für alle Beamte der Länder, Gemeinden sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen zu regeln. Mit der Einführung des Art. 74 I Nr. 27 GG haben seit September 2006 der Bund und die Länder die Gesetzgebungskompetenz für das Beamtenversorgungsrecht jeweils eigenständig (siehe Beamtenversorgungsgesetze). Nach Art. 125a GG gilt das als Bundesrecht erlassene Recht – also das BeamtVG (a.F.) – solange weiter, wie es nicht durch Neurecht, z.B. durch ein neues Beamtenversorgungsrecht für Landesbeamte, ersetzt wird. In der Praxis bedeutet dies, dass das ehemalige bundeseinheitliche BeamtVG i.d.F. von Ende August 2006 eingefroren wurde – also in seinem Inhalt weder vom Bund noch von den Ländern mit Wirkung für alle Beamte in Deutschland veränderlich ist.

6. Bedeutung

Die relative Bedeutung der verschiedenen Alterssicherungssysteme geht aus folgender schematischer Darstellung hervor, die eine Betrachtung des Gewichts der einzelnen Alterssicherungssysteme vornimmt:

Anteil der Alterssicherungssysteme am Leistungsvolumen (brutto) insgesamt und der Anzahl der Leistungsbezieher

Quelle: Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 2012.

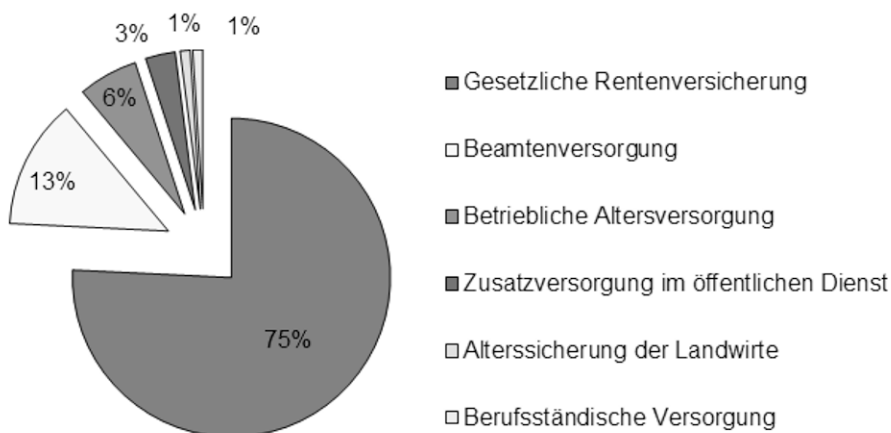


Abb.: Anteil der Alterssicherungssysteme am Leistungsvolumen (brutto) insgesamt und der Anzahl der Leistungsbezieher (vgl. BMAS Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Alterssicherungsbericht 2012).

2013 hat die Anzahl der Ruhegehaltsempfänger des öffentlichen Dienstes gegenüber dem Jahr 2012 um ca. 27.000 auf 1,16 Mio. zugenommen. Zugleich sind erneut eine niedrigere Zahl an Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit und ein hoher Stand des Erreichens der Antrags- und Regelaltersgrenzen zu verzeichnen.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind im Jahr 2013 bei den Gebietskörperschaften rund 59.100 Pensionierungen (2012: 55.700, 2011: 42.000) angefallen. Im Einzelnen ist die Gesamtzahl der Ruhegehaltsempfänger von Bund, Ländern und Gemeinden zum Stichtag 1.1.2013 auf ca. 839.000 (2012: 813.000, 2011: ca. 772.000) Personen angewachsen. Dies bedeutet insgesamt eine stetige Zunahme der Zahl der Ruhegehaltsempfänger der Gebietskörperschaften. Dagegen blieb die Zahl der Ruhegehaltsempfänger der ehemaligen Deutschen Bundespost mit ca. 213.000 nahezu unverändert, während beim Bundeseisenbahnvermögen ein weiterer Rückgang auf ca. 101.000 Pensionäre zu verzeichnen war.

Zusammengerechnet ergibt sich zum Stichtag 1.1.2013 eine Anzahl von ca. 1.159.000 Ruhegehaltsempfängern des öffentlichen Dienstes (inkl. der privatisierten Bereiche und der rechtlich selbstständigen Einrichtungen). Die Gesamtzahl der Empfänger von Hinterbliebenenversorgung (Witwen/Witwer und Waisen) war dabei mit etwa 380.000 gegenüber dem Vorjahr erneut in geringem Umfang rückläufig.

Der höchste prozentuale Anstieg bei den Ruhegehaltsempfängern betraf die Länder, und zwar in 2013 mit 4,8 % (2012: 4,6 %, 2011: 4,1 %) auf etwa 626.000 (2012: 598.000, 2011: 566.000) Personen. Die Zahl der Ruhegehaltsempfänger der Länder hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden belief sich der Anstieg 2013 auf 2,3 % (2012: 2,6 %, 2011: 2,0 %) und damit auf nunmehr rund 81.700 (2012: 79.800, 2011: 77.500) Personen.

Für den Bund ist die Größenordnung des Anstiegs für 2013 bei den ehemaligen Beamten, Richtern und Soldaten erneut etwa 1,2 % (2012: 1,1 %, 2011: 1,1 %) auf ca. 136.700 Personen (2012: 135.100, 2011: 129.000 – die letzte Zahl ist noch ohne Einbeziehung der Deutschen Bundesbank und der rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform).

Mehr als drei Viertel der Ruhestandseintritte im Jahr 2013 erfolgten nach dem Erreichen von Altersgrenzen. Diese bestehen einerseits aus den seit 2011 sich im Ansteigen befindlichen Regelaltersgrenzen und besonderen Altersgrenzen sowie andererseits aus der allgemeinen Antragsaltersgrenze und der Antragsaltersgrenze bei Schwerbehinderung. Anteilige einzeln aufgeschlüsselte Prozentsätze dieser Ruhestandseintrittsgründe können gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts auf Basis der vorläufigen Zahlen noch nicht bekanntgegeben werden.

Der verhältnismäßige Anteil der neuen Pensionäre, die aufgrund von Dienstunfähigkeit – zumeist unter Hinnahme eines Versorgungsabschlags – vorzeitig aus dem aktiven Dienst ausscheiden, betrug 2013 etwa 17 % (2012: 19 %, 2011: 19 %); damit ist dieser Wert seit mehreren Jahren nahezu gleichbleibend und gemäß der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts sogar der geringste seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1993.

Vorruhestandsregelungen (z.B. aufgrund von Personalanpassungen im Bereich der Streitkräfte oder der privatisierten Bereiche) und sonstige Gründe machten schließlich 2013 einen Anteil von 4 % an den Pensionierungen aus (2012: 6 %; 2011: 1 %).

Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) – 1.

Begriff: Gesetz über die Versorgung der → Beamten und Richter in Bund und Ländern. Regelt die Versorgung der Bundesbeamten und der Beamten der Länder, der Gemeinden sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen. – *2. Historie und Entwicklungen:* Die einheitliche Regelung der Versorgung für alle Beamte in allen Gebietskörperschaften durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrats erfolgte nach einer Verfassungsänderung vom 18.3.1971 (BGBl. I S. 206). Damals wurde die einheitliche Regelungskompetenz für die Versorgung geschaffen, um eine Zersplitterung des Alterssicherungsrechts in den verschiedenen Gebietskörperschaften zu verhindern. Mit der „Föderalismusreform I“ wurde allerdings im

Jahr 2006 die Regelung der Alterssicherung der Landes- und Kommunalbeamten auf die Länder übertragen. Mit dem Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, das am 31.8.2006 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2034 ff.) veröffentlicht wurde und am 1.9.2006 in Kraft getreten ist, steht dem Bund nicht mehr das Recht zu, die → Beamtenversorgung bundeseinheitlich für alle Beamte der Länder, Gemeinden sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen zu regeln. Mit der Einführung des Art. 74 I Nr. 27 GG haben seit September 2006 der Bund und die Länder die Gesetzgebungskompetenz für das Beamtenversorgungsrecht jeweils eigenständig. Beachtlich ist jedoch, dass nach Art. 125a GG das als Bundesrecht erlassene Recht – also das BeamtVG – solange

weiter gilt, wie es nicht durch Neurecht, z.B. durch ein neues Versorgungsrecht für Landesbeamte, ersetzt wird. In der Praxis bedeutet dies, dass das bisherige BeamtVG i.d.F. von Ende August 2006 eingefroren wurde – also in seinem Inhalt nicht mehr mit Wirkung für alle Beamte in Deutschland veränderlich ist. – 3. *Zahl der Versorgungsempfänger nach dem BeamtVG*: Am 1. Januar 2008 erhielten insgesamt 1,439 Mio. Ruhegehaltsempfänger, Witwen/Witwer und Waisen Versorgungsbezüge auf der Grundlage des BeamtVG (Stand: Februar 2009).

Beamtenversorgungsgesetze – Gesetze über die Versorgung der Beamten und Richter im Bund und in den Ländern. Die → Beamtenversorgung unterliegt dem strengen Gesetzesvorbehalt; deshalb wird die Beamtenversorgung durch entsprechende Versorgungsgesetze geregelt. Das Beamtenversorgungsgesetz des Bundes regelt die Versorgung der Bundesbeamten; die Beamtenversorgungsgesetze der Länder regeln die Versorgung der Beamten der Länder, der Gemeinden sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen.

Beamter – 1. *Begriff*: Ein Beamter ist im staatsrechtlichen Sinn derjenige, der in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zu einer dienstherrnfähigen juristischen Person des öffentlichen Rechts steht und durch Aushändigung einer Ernennungsurkunde mit den Worten „Unter Berufung in das Beamtenverhältnis...“ ernannt wurde. Dieser Beamtenbegriff wird in Art. 33 IV des Grundgesetzes (GG) zugrunde gelegt und im Beamtenversorgungsrecht verwendet. Siehe auch → Politischer Beamter. – 2. *Abgrenzungen*: Nach Art. 33 IV GG soll die Ausübung hoheitlicher Befugnisse als ständige Aufgabe i.d.R. Angehörigen des öffentlichen Dienstes übertragen werden, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen. Das sind Soldaten, Richter und

Beamte. Demgegenüber werden diejenigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis zu einem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber stehen, als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bezeichnet. Im Rahmen des Art. 33 IV GG ist mithin eine zweigleisige Ausgestaltung vorgesehen. – 3. *Besondere Rechtsverhältnisse*: Zentrale Elemente des besonderen Beamtenrechts als „hergebrachte Grundsätze“ sind das → Alimentationsprinzip, das Streikverbot (und diesbezüglich die Nichteinbeziehung der Beamten in Art. 9 GG), der Rechtsweg in beamtenrechtlichen Streitigkeiten über die Verwaltungsgerichte, die Ernennung durch formbedürftigen Verwaltungsakt, die Regelung der Besoldung und Versorgung durch Gesetz, die umfassende Dienstleistungs- und Treuepflicht, die Amtsverschwiegenheit, das Leistungsprinzip, das Laufbahnprinzip sowie der Grundsatz der Entlassung nur durch ein Gesetz bzw. aufgrund eines Gesetzes. – 4. *Aktuelle Zahlen*: Die Zahlen ergeben sich aus den Aufstellungen aus den Tabellen auf den nächsten Seite mit Stand zum 30.6.2014. Bekannt ist, dass von den Beamten etwa 75 % bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze im Dienst bleiben. Die übrigen 25 % scheiden vorzeitig aus, entweder wegen Dienstunfähigkeit (19 %) oder wegen Vorruhestandsregelungen (6 %).

Bearbeitungsschaden – I. → Haftpflichtversicherung: *Tätigkeitsschaden*. 1. *Begriff*: Schaden an fremden Sachen, der durch eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit an oder mit diesen Sachen entstanden ist. – 2. *Versicherungsdeckung*: Bearbeitungsschäden sind in der Haftpflichtversicherung grundsätzlich ausgeschlossen, weil der Versicherer von dem hohen objektiven und subjektiven Risiko befreit werden soll, das sich aus der gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit des Versicherungsnehmers ergibt. Das unternehmerische Risiko soll der Versicherungsnehmer selbst tragen. Bearbeitungsschäden können in den → Versicherungsschutz allerdings durch besondere

Beschäftigte (Voll- und Teilzeit) des gesamten öffentlichen Dienstes am 30.6.2014 (in Stellen)		
Insgesamt	Beamte	Arbeitnehmer
4.652.500	1.848.170	2.804.330

davon

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes (Angaben in 1.000)				
Beschäftigungsbereich	Insgesamt		Empfänger von	
			Ruhegehalt	Witwen-, Witwer-, Waisengeld
	2013	2014	1.1.2014	
Bundesbereich				
darunter:	634	629	451	177
Bund	177	179	131	47
Bundeseisenbahnvermögen	174	168	101	67
Post*	277	275	213	61
Rechtlich selbstständige Einrichtungen	6	7	5	1
Länderbereich	765	793	626	168
Kommunaler Bereich	114	116	82	34
Sozialversicherung	21	21	16	5
Insgesamt	1.534	1.559	1.174	385

Von den insgesamt ca. 1.559 Millionen Versorgungsempfängern sind etwa 656.000 Frauen. Hier-
von beziehen 300.000 Ruhegehalt, 343.000 Witwengeld sowie 12.600 Waisengeld;

davon

Beschäftigte am 30.6.2014 am Beispiel Bund nach Alter und Beschäftigungsbereichen ohne Soldaten	
Alter	Bund
unter 25 Jahre	7.375
25 bis 34 Jahre	34.580
35 bis 44 Jahre	59.460
45 bis 54 Jahre	114.945
55 bis 59 Jahre	57.130
ab 60 Jahre	40.165
Personal in Ausbildung	13.370
Insgesamt	327.025

* Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG; Rundungsdifferenzen möglich.
Stand: 1. Januar 2014.



<http://www.springer.com/978-3-8349-4624-9>

Gabler Versicherungslexikon

Wagner, F. (Hrsg.)

2017, C, 1100 S. 44 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-8349-4624-9